



Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister

Stadt Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

**An die  
Mitglieder des Rates  
der Stadt Bergisch Gladbach**

nachrichtlich:

an die Fraktionsgeschäftsstellen,  
den Verwaltungsvorstand I und II,  
BM I und die Fachbereiche 1-8,  
die Stabstellen und  
das Rechnungsprüfungsamt

**Allgemeine Verwaltung und  
Verwaltungssteuerung**  
Rathaus Bergisch Gladbach  
Konrad-Adenauer-Platz 1  
Sachbearbeiter: Christian Ruhe  
Zimmer: 35  
Telefon 02202/142245  
Telefax 02202/14702245  
Internet: <http://www.bergischgladbach.de>  
E-Mail: [C.Ruhe@stadt-gl.de](mailto:C.Ruhe@stadt-gl.de)

14.12.2018

### **Sitzung des Rates am 18.12.2018**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie angekündigt, erhalten Sie als **Anlage 1** zu diesem Schreiben die aktualisierte Fassung der Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Rates am 18.12.2018, in die die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des ABKSS am 04.12.2018, des JHA am 06.12.2018, des AUKIV am 11.12.2018, des SPLA am 12.12.2018 und des HFA am 13.12.2018 eingefügt wurden. Die Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Als **Anlage 2** ist diesem Schreiben die in den Vorlagen Nr. 0415/2018 und 0416/2018 angekündigte Stellungnahme des Kreisbrandmeisters zur Ernennung des Leiters und des stellvertretenden Leiters der freiwilligen Feuerwehr (TOPe N 7 und N 8) als ergänzende Unterlage beigelegt.

Mit Blick auf das bevorstehende Weihnachtsfest lade ich Sie herzlich zu einem kleinen Umtrunk nach dem Ende der Ratssitzung ein. Auch in diesem Jahr möchte ich auf das Angebot aus den Reihen des Rates zurückkommen, sich an den Kosten zu beteiligen. Die Verwaltung wird zu diesem Zweck wieder eine „Spardose“ am Getränkeauschank aufstellen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Lutz Urbach

### Anlagen

[www.bergischgladbach.de](http://www.bergischgladbach.de)  
[info@stadt-gl.de](mailto:info@stadt-gl.de)

Allgemeine Öffnungszeiten:  
Montag bis Freitag 9:00 12:00 Uhr  
Donnerstag 14:00 18:00 Uhr  
Abweichende Öffnungszeiten  
sind oben vermerkt.

Bankverbindungen:  
Kreissparkasse Köln  
Bankleitzahl 370 502 99  
Konto 312 000 015  
IBAN: DE93 3705 0299 0312 0000 15  
SWIFT/BIC: COKSDE33

VR-Bank  
Bergisch Gladbach · Overath · Rösrath eG  
Bankleitzahl 370 626 00  
Konto 3 702 425 017  
IBAN: DE50 3706 2600 3702 4250 17  
SWIFT/BIC: GENODE33PAF

## **Anlage zur Tagesordnung für die Ratssitzung am 18.12.2018**

(Stand: 14.12.2018)

### **I. Allgemeines**

Der Einladung zur Ratssitzung sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Ausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen befinden sich in den Händen der Ratsmitglieder. Beratungsergebnisse und Erläuterungen zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage. Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

Vorlagen, die Themen enthalten, die in erster Lesung im Rat eingebracht werden, z. B. Fraktionsanträge oder Vorlagen, die eine geänderte Sachlage berücksichtigen, sowie sonstige Vorlagen, die keiner vorherigen Beratung in den Ausschüssen bedürfen, z. B. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse, sind der Tagesordnung als Anlagen beigelegt.

### **II. Tagesordnung**

#### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**  
Eine Erläuterung erübrigt sich.
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**  
Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 19.11.2018 – öffentlicher Teil – ist den Ratsmitgliedern zugegangen.
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 19.11.2018 - öffentlicher Teil**  
**Vorlage: 0462/2018**  
Die Vorlage ist beigelegt.
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**  
Eventuelle Mitteilungen wird Herr Bürgermeister Urbach mündlich bekannt geben.
- 5 Antrag des Ganey Tikva Vereins e.V. vom 25.09.2018 auf Verurteilung der BDS – Kampagne**  
**Vorlage: 0538/2018**  
Die Vorlage ist beigelegt.
- 6 Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach**
- 6.1 Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk“ für das Wirtschaftsjahr 2019**  
**Vorlage: 0527/2018**  
In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 11.12.2018 stimmten Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den eigenen Antrag, Finanzmittel für die Planung einer vierten Klärstufe in den Wirtschaftsplan aufzunehmen und in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses darzustellen, welche finanziellen Auswirkungen dies hätte. Bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL wurde der Antrag mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder mehrheitlich abgelehnt.  
  
Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat sodann mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Jahr 2019 wird in der dem Rat am 09.10.2018 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 11.12.2018 zur Beratung vorgelegten Änderungen beschlossen.

**6.2 Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb“ für das Wirtschaftsjahr 2019**

**Vorlage: 0528/2018**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Jahr 2019 wird in der dem Rat am 09.10.2018 vorgestellten Fassung einschließlich der im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 11.12.2018 zur Beratung vorgelegten Änderungen beschlossen.

**6.3 Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb“ für das Wirtschaftsjahr 2019**

**Vorlage: 0529/2018**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Immobilienbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“ für das Jahr 2019 wird in der dem Rat am 09.10.2018 vorgestellten Fassung einschließlich der im Infrastrukturausschuss am 11.12.2018 zur Beratung vorgelegten Änderungen beschlossen.

**7 Vorlagen mit Stellenplanrelevanz und Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2019/2020**

**7.1 Zusätzliche Haushaltssicherungsmaßnahme Know-How in steuerrelevanten Sachverhalten**

**Vorlage: 0491/2017**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 13.12.2018 mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Bürgermeister beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Einrichtung einer neuen Stelle im Stellenplan 2019 für einen Dipl. Finanzwirt zur Erhöhung der Gewerbesteuererträge und zur Aufwandsreduzierung bei externen Beraterleistungen in Steuerfragen wird zugestimmt.

**7.2 Einrichtung einer Zentralen Vergabestelle**

**Vorlage: 0282/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 04.10.2018 mehrheitlich gegen die Stimmen von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP bei einer Enthaltung aus den Reihen der SPD beschlossen, dem Rat zu empfehlen, die Vorlage zu vertagen.

Der Rat ist in der Sitzung am 09.10.2018 einvernehmlich der Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses gefolgt.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.12.2018 stimmte DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL für den eigenen Änderungsantrag, der Rat möge den Bürgermeister beauftragen, ein Konzept zur Einführung einer zentralen kommunalen Vergabestelle zu erstellen und dem Rat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen sowie außerdem gemeinsam mit anderen Kommunen und dem Rheinisch-Bergischen Kreis Gespräche zur Einrichtung einer zentralen kommunalen Vergabestelle zu führen und dem Ausschuss zeitnah über die Ergebnisse dieser Gespräche zu berichten. Bei Enthaltung von

Bündnis 90/DIE GRÜNEN wurde der Antrag mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder mehrheitlich abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss sodann einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Ab dem Haushaltsjahr 2019 wird bei der Stadt Bergisch Gladbach eine Zentrale Vergabestelle eingerichtet.
2. Die Produktgruppe 01.600 – Zentrale Submissionsstelle wird aufgelöst.
3. Die Zentrale Vergabestelle wird in die Produktgruppe 01.300 – Recht integriert.

### 7.3 Entwurf des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2019/2020

**Vorlage: 0410/2018**

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.12.2018 stimmten Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL für den folgenden Änderungsantrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

1. Die vom Rat am 09.10.2018 einstimmig beschlossene Erhöhung des Stundensatzes um 5 EUR für die Honorarlehrer der Musikschule soll zum 01.01.2019 umgesetzt werden. Diese Maßnahme kann durch Streichung der Korridorleistung Stadtmarketing, Produktgruppe 010131 kompensiert werden.
2. Die halbe Stelle Sachbearbeitung Stadtmarketing/Heimatsförderung BM-130 wird nicht geschaffen.
3. Von den insgesamt für 2019 und 2020 vorgesehenen drei Stellen im Bereich Stadtentwicklung/Kommunale Verkehrsplanung VV II-2 werden mindestens zwei Stellen mit einer/einem Mobilitätsmanager/in in der Spezialisierung ÖPNV/Rad-/Fußverkehr besetzt.
4. Von den vier geplanten Stadtwächterstellen 3-32 werden mindestens zwei Stellen mit Sozialarbeitern/Streetworkern besetzt.
5. Die neue Stelle Baulandmanagement 6-62 wird gestrichen.
6. Die zusätzliche Stelle 8-6731 Friedhofsgärtner/in wird nur dann eingerichtet, wenn hier eine einhundertprozentige Förderung im Rahmen des Teilhabe-Chancengesetzes möglich ist.
7. Es wird eine Produktgruppe Klimavorsorgemaßnahmen eingeführt. Dafür wird die Schaffung einer Stelle Klimamanagement erforderlich und soll entsprechend geschaffen werden.

Bei Enthaltung von mitterechts wurde der Antrag mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder mehrheitlich abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und Bürgermeister bei Enthaltung von FDP und mitterechts beschlossen, dem Rat zu empfehlen, den folgenden gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD zu beschließen:

Orga-Einheit Stellen-Nr.	Bezeichnung	Maßnahme
VV II-2	Strategische Verkehrsplanung	eine Stelle von 2020 nach 2019 vorziehen, somit zwei Stellen in 2019
3-30	Zentrale Vergabestelle	drei Stellen rausnehmen und nach 2021 verschieben
3-371	Wachleiter Süd und Bauprojekte	Stelle von 2019 nach 2020 verschieben
4-42	Hausmeister	Stelle rausnehmen
5-53	Integrationsbeauftragter	nicht nur als Beamtenstelle, sondern auch als Angestelltenstelle vorsehen
6-633	Baukontrolle	Stelle rausnehmen

7-36	Umweltschutz	eine Stelle 2020 rausnehmen und nach 2021 verschieben
7-69	Abfallwirtschaft	nicht nur als Beamtenstelle, sondern auch als Angestelltenstelle vorsehen
7-6911	Abfall operativ	Stelle rausnehmen
8-24	Schulhausmeister	drei Stellen komplett rausnehmen und zwei Stellen ab 2020 vorsehen

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann in getrennter Abstimmung über die Ziffern des Beschlussvorschlages mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die unter den Punkten 2 und 4 der Vorlage dargestellten Vorschläge werden beschlossen. Im Übrigen wird Kenntnis genommen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann unter Berücksichtigung der zusätzlichen 3,5 neuen Stellen für die Musikschule ab 2020 und unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages in getrennter Abstimmung über die Ziffern des Beschlussvorschlages mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP bei Enthaltung von mitterechts beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Die unter Punkt 5 der Vorlage dargestellten Vorschläge werden unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen beschlossen:

Entsprechend dem Modell „70-30“ der Ratsvorlage Nr. 0338/2018 werden betreffend die Musikschule zusätzliche neue 3,5 Stellen ab dem Jahr 2020 eingerichtet.

<u>Orga-Einheit Stellen-Nr.</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Maßnahme</u>
<u>VV II-2</u>	<u>Strategische Verkehrsplanung</u>	<u>eine Stelle von 2020 nach 2019 vorziehen, somit zwei Stellen in 2019</u>
<u>3-30</u>	<u>Zentrale Vergabestelle</u>	<u>drei Stellen rausnehmen und nach 2021 verschieben</u>
<u>3-371</u>	<u>Wachleiter Süd und Bauprojekte</u>	<u>Stelle von 2019 nach 2020 verschieben</u>
<u>4-42</u>	<u>Hausmeister</u>	<u>Stelle rausnehmen</u>
<u>5-53</u>	<u>Integrationsbeauftragter</u>	<u>nicht nur als Beamtenstelle, sondern auch als Angestelltenstelle vorsehen</u>
<u>6-633</u>	<u>Baukontrolle</u>	<u>Stelle rausnehmen</u>
<u>7-36</u>	<u>Umweltschutz</u>	<u>eine Stelle 2020 rausnehmen und nach 2021 verschieben</u>
<u>7-69</u>	<u>Abfallwirtschaft</u>	<u>nicht nur als Beamtenstelle, sondern auch als Angestelltenstelle vorsehen</u>
<u>7-6911</u>	<u>Abfall operativ</u>	<u>Stelle rausnehmen</u>
<u>8-24</u>	<u>Schulhausmeister</u>	<u>drei Stellen komplett rausnehmen und zwei Stellen ab 2020 vorsehen</u>

## 8 Einwohnerfragestunde

**Vorlage: 0464/2018**

Die Vorlage ist beigefügt.

## 9 Gesamthaushalt 2019/2020

**Vorlage: 0523/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 13.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung von FDP und mitterechts beschlos-

sen, dem Rat zu empfehlen, der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport zu der Vorlage Nr. 0483/2018 zu folgen:

Das Projekt „Initiative Vereinssport – Ein Jahr kostenfrei im Sportverein für Schulanfänger“ wird im Schuljahr 2019/2020 nur umgesetzt, wenn sich Sponsoren finden, die die Finanzierung in Höhe von 12.000 EURO (2019/2020) übernehmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Rat zu empfehlen, den folgenden gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD zu beschließen:

Unter Würdigung der Stellungnahme der Verwaltung in der aktuellen Stellenplanvorlage wird hinsichtlich der vorgesehenen Honorarerhöhungen für die freiberuflichen Musikschullehrerinnen und -lehrer beantragt, diese mit Wirkung zum 01.01.2019 beschlussgemäß mit dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung festzusetzen und die Auszahlung des Differenzbetrages zur bisherigen Honorarhöhe unmittelbar nach Vorliegen der Haushaltsgenehmigung zu veranlassen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP beschlossen, dem Rat zu empfehlen, den folgenden gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD zu beschließen:

1. Die Stadt Bergisch Gladbach beantragt zügig die Fördergelder zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei der Stadt Bergisch Gladbach und ihren städtischen und stadtnahen Gesellschaften im Rahmen des Teilhabechancengesetzes. Dazu wird der Haushalts- und Stellenplan in der Form beschlossen, dass zusätzlich 15 Stellen in Vollzeit im Jahr 2019 bei der Stadt und ihren städtischen und stadtnahen Gesellschaften geschaffen werden.
2. Die Verwaltung soll darüber hinaus prüfen, ob Ausschreibungen städtischer Aufträge so gestaltet werden können, dass Unternehmen, die sich an dem Projekt beteiligen, Berücksichtigung finden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, FDP und mitterechts beschlossen, dem Rat zu empfehlen, den folgenden gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD zu beschließen:

Der Rat stellt Mittel in Höhe von 31.250,00 EUR zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer Gütertransportverbindung zwischen der A 4 und dem Zentrum von Bergisch Gladbach über den „Bahndamm“ zur Verfügung.

Für einen Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Beschlussfassung über den vorstehenden Änderungsantrag zu vertagen, stimmten zuvor Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, FDP und mitterechts. Mit den Gegenstimmen von CDU, SPD und Bürgermeister war der Vertagungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Für einen Antrag von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, die Verwaltung zu beauftragen, die Finanzierung der Machbarkeitsstudie nicht aus städtischen Mitteln, sondern aus Mitteln beteiligungswilliger Unternehmen zu finanzieren bzw. – sollte dies nicht gelingen – nicht durchzuführen, stimmten zuvor Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL. Bei Enthaltung von mitterechts war der Antrag mit den Gegenstimmen von CDU, SPD, FDP und Bürgermeister mehrheitlich abgelehnt worden.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, FDP und mitterechts beschlossen, dem Rat zu empfehlen, den folgenden gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD zu beschließen:

Der Rat stellt Mittel in Höhe von 2.000,00 EUR zur Durchführung des Projektes „Essbares Bergisch Gladbach“ in den Haushalt 2019 und für die Folgejahre ein.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses stimmten sodann Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den folgenden eigenen Änderungsantrag:

1. Es wird beantragt, die Parkraumbewirtschaftung für die Bediensteten der Stadt wie folgt zu ändern:  
Nur für die städtischen Bediensteten, welche ein Jobticket vorweisen können, soll das Parken auf den städtischen Parkplätzen gebührenfrei sein. Der Pendlerverkehr macht einen großen Teil des Bergisch Gladbacher Verkehrsaufkommens aus. Hier ist die Stadt als Arbeitgeber gefordert, für ihre Mitarbeiter gezielt Anreize zu schaffen, auf den ÖPNV umzusteigen.
2. Das kostenlose Parken in der Innenstadt an den Adventssamstagen wird abgeschafft, weil es verkehrspolitisch die falschen Signale setzt. Stattdessen sollten diejenigen unterstützt werden, die den ÖPNV nutzen.
3. Die Brötchentaste wird abgeschafft. Sie ist mit den Zielen des Mobilitätskonzeptes nicht vereinbar.

Bei Enthaltung der FDP wurde der Antrag mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder mehrheitlich abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und mitterechts beschlossen, dem Rat zu empfehlen, den folgenden, gegenüber dem Wortlaut des schriftlichen Antrages geänderten gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD zu beschließen:

Auf die im Entwurf enthaltene Erhöhung der Grundsteuer B wird im gesamten Planungszeitraum des Doppelhaushaltes (bis 2020) verzichtet.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat sodann unter Berücksichtigung der von den Fachausschüssen bei der Beratung der Teilhaushalte empfohlenen Änderungen und unter Berücksichtigung der bereits beschlossenen Änderungsanträge mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, FDP und mitterechts bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Einrichtung der Produktgruppe „Zanders-Gelände/Südliche Innenstadt“ im städtischen Haushalt wird zugestimmt. Die bisher in verschiedenen Produktgruppen enthaltenen Erträge/Aufwendungen und Einzahlungen/Auszahlungen für Investitionen werden in der neuen Produktgruppe veranschlagt.
2. Die Haushaltssatzung für die Jahre 2019 und 2020 wird unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen beschlossen:  
Produktbereich Sportförderung/Produktgruppe 08.495 (Sportstätten) Transferauswendungen 2020: 165.000 EUR  
Es ergeben sich die folgenden Änderung in diesem Produktbereich  
Transferaufwendungen 2019: + 150.000 EUR  
Transferaufwendungen 2020: - 165.000 EUR

Die folgenden Anträge sind Bestandteil des Beschlusses:

Das Projekt „Initiative Vereinssport – Ein Jahr kostenfrei im Sportverein für Schulanfänger“ wird im Schuljahr 2019/2020 nur umgesetzt, wenn sich Sponsoren finden, die die Finanzierung in Höhe von 12.000 EURO (2019/2020) übernehmen.

Unter Würdigung der Stellungnahme der Verwaltung in der aktuellen Stellenplanvorlage wird hinsichtlich der vorgesehenen Honorarerhöhungen für die freiberuflichen Mu-

sikschullehrerinnen und -lehrer beantragt, diese mit Wirkung zum 01.01.2019 beschlussgemäß mit dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung festzusetzen und die Auszahlung des Differenzbetrages zur bisherigen Honorarhöhe unmittelbar nach Vorliegen der Haushaltsgenehmigung zu veranlassen.

Die Stadt Bergisch Gladbach beantragt zügig die Fördergelder zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung bei der Stadt Bergisch Gladbach und ihren städtischen und stadtnahen Gesellschaften im Rahmen des Teilhabechancengesetzes. Dazu wird der Haushalts- und Stellenplan in der Form beschlossen, dass zusätzlich 15 Stellen in Vollzeit im Jahr 2019 bei der Stadt und ihren städtischen und stadtnahen Gesellschaften geschaffen werden.

Die Verwaltung soll darüber hinaus prüfen, ob Ausschreibungen städtischer Aufträge so gestaltet werden können, dass Unternehmen, die sich an dem Projekt beteiligen, Berücksichtigung finden.

Der Rat stellt Mittel in Höhe von 31.250,00 EUR zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer Gütertransportverbindung zwischen der A 4 und dem Zentrum von Bergisch Gladbach über den „Bahndamm“ zur Verfügung.

Der Rat stellt Mittel in Höhe von 2.000,00 EUR zur Durchführung des Projektes „Essbares Bergisch Gladbach“ in den Haushalt 2019 und für die Folgejahre ein.

Auf die im Entwurf enthaltene Erhöhung der Grundsteuer B wird im gesamten Planungszeitraum des Doppelhaushaltes (bis 2020) verzichtet.

## 10 Haushaltsbegleitbeschluss

**Vorlage: 0504/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 13.12.2018 einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Zur nachhaltigen Sicherung des Haushaltsausgleichs über das Jahr 2023 hinaus wird die Verwaltung wie folgt beauftragt:

1. Erstellung einer flächendeckenden produktbezogenen Darstellung aller rechtlich möglichen Konsolidierungsmaßnahmen, verbunden mit einer fachlichen Bewertung der Folgen dieser Maßnahmen
2. Ermittlung der durch Verwaltungsstrukturreform und durch Beteiligungsstrukturreform erzielbaren Konsolidierungspotentiale
3. Ermittlung der durch Digitalisierung erzielbaren Konsolidierungspotentiale
4. Entwicklung eines partizipativen Prozesses zur Einbeziehung der Bürgerschaft in die Überlegungen zu Punkt 1

Über die Ergebnisse ist in den zuständigen Gremien zu berichten und politisch zu entscheiden.

## 11 Prüfung Gesamtabchluss 2016

**Vorlage: 0454/2018**

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in der Sitzung am 27.11.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL folgenden Beschluss (zu Ziffer 1. des Beschlussvorschlages) gefasst bzw. beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung (zu Ziffern 2. und 3. des Beschlussvorschlages) zu geben:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss macht sich gemäß § 116 Abs. 6 i.V.m. § 101 GO NRW den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 14.11.2018 über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2016 und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zu Eigen und fasst das Ergebnis seiner Beratungen in dem anliegenden Bestätigungsvermerk, der in der Sitzung vom Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses

unter Angabe von Ort und Tag unterzeichnet wird, zusammen.

2. Der Rat bestätigt gemäß § 41 Abs. 1 Buchstabe j) und § 116 Abs. 1 i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW den Gesamtabschluss der Stadt Bergisch Gladbach zum 31. Dezember 2016 und den dazugehörigen Lagebericht in der am 14.11.2018 durch das Rechnungsprüfungsamt geprüften und am 27.11.2018 im Rechnungsprüfungsausschuss bestätigten Fassung.
3. Die Ratsmitglieder entlasten den Bürgermeister gemäß § 116 Abs. 1 i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW.

**12 Beteiligungsbericht 2017**

**Vorlage: 0518/2018**

Die Vorlage ist beigefügt.

**13 Jahresabschluss 2017 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH**

**Vorlage: 0389/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 13.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH wird der Bürgermeister Herr Lutz Urbach als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt in der Gesellschafterversammlung

1. den Jahresabschluss 2017 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen. In der Bilanz zum 31.12.2017 werden Aktiva und Passiva mit 123.048.837,08 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresüberschuss 2017 mit 5.144.978,49 EUR festgestellt.
2. den Lagebericht 2017 festzustellen.
3. den Jahresüberschuss der Gesellschaft in Höhe von 5.144.978,49 EUR dem Gewinnvortrag zuzuführen.
4. den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten.

**14 Jahresabschluss 2017 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**

**Vorlage: 0517/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 13.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Gesellschafterversammlung der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH (EBGL) stellte den Jahresabschluss und Lagebericht 2017 der Gesellschaft im vorgelegten und durch den Wirtschaftsprüfer bestätigten Umfang fest und entlastete die Geschäftsführer Frau Diana Lauszus und Herr Wilhelm Carl für das Geschäftsjahr 2017. Die Beschlüsse erfolgten vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach. Die von der Gesellschafterversammlung getroffenen Beschlüsse werden wie folgt gemäß § 113 (1) GO NRW gebilligt:

1. In der Bilanz zum 31.12.2017 werden Aktiva und Passiva mit 13.449.743,36 EUR und in der Gewinn- und Verlustrechnung der Jahresüberschuss 2017 mit 142.053,88 EUR festgestellt.
2. Der Lagebericht 2017 wird festgestellt.
3. Der Jahresüberschuss 2017 wird in Höhe von 142.053,88 EUR auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Die Geschäftsführer Frau Diana Lauszus und Herr Wilhelm Carl werden für das Geschäftsjahr 2017 entlastet.

**15 Wirtschaftsplan 2018 der Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH**

**Vorlage: 0447/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 13.12.2018 einvernehmlich dem Rat keine Beschlussempfehlung zu dem Beschlussvorschlag der Vorlage gegeben.

Zur Sitzung des Rates am 18.12.2018 solle dargestellt werden, auf welcher Basis die Entorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH im Jahr 2018 ihre Geschäfte führen konnte, da ein Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 bisher nicht beschlossen worden sei.

**16      Wirtschaftsplan 2019 der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH  
Vorlage: 0465/2018**

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung am 13.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP bei Enthaltung von mitterechts beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Herr Bürgermeister Lutz Urbach wird nach § 113 (1) GO NRW bevollmächtigt, als städtischer Gesellschaftervertreter in der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH (SVB) den Wirtschaftsplan 2019 nach § 13 (1) Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages festzustellen.

**17      Antrag des Jugendamtselternbeirats auf Bereitstellung eines Budgets  
Vorlage: 0490/2018**

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 06.12.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Antrag des Jugendamtselternbeirats auf die Bereitstellung eines Budgets wird zur Beratung und Beschlussempfehlung eingebracht.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 13.12.2018 einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL dieser Beschlussempfehlung gefolgt.

**18      Änderung der Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten  
Vorlage: 0455/2018**

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 06.12.2018 einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die „Richtlinien zur Förderung der Kindertagesstätten“ werden entsprechend den Ausführungen in der Vorlage ergänzt/geändert. Die Richtlinienergänzung/-änderung tritt zum 01.08.2019 in Kraft.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 13.12.2018 einstimmig bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL dieser Beschlussempfehlung gefolgt.

**19      Beschluss des Denkmalpflegeplans  
Vorlage: 0396/2018**

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 12.12.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach fasst folgenden Beschluss:

1. Die Teilbereiche 2 und 3 des Denkmalpflegeplans für die Stadt Bergisch Gladbach werden in der vorliegenden Fassung verabschiedet.
2. Der Denkmalpflegeplan wird zur Leitlinie der politischen Willensbildung erklärt und ist von der Verwaltung zu beachten.
3. Das Maßnahmen- und Handlungskonzept des Denkmalpflegeplans und die darin enthaltenen Ziele sind zukünftig bei allen gemeindlichen Planungen und Vorhaben zu berücksichtigen und in die Abwägung/Entscheidungsfindung einzubeziehen.

**20      Bebauungsplan Nr. 2129 - Am Kalkofen -**

- **Beschluss zu den Stellungnahmen**
- **Beschluss des städtebaulichen Vertrages**
- **Beschluss als Satzung**

**Vorlage: 0435/2018**

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 12.12.2018 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages jeweils einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlungen zu geben:

- I. Den im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 2129 – Am Kalkofen – gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingereichten Anregungen von
  - B1 wird nicht entsprochen,
  - B2 wird entsprochen,
  - T1 Deutsche Telekom wird teilweise entsprochen,
  - T2 LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland wird teilweise entsprochen,
  - T3 Rheinische NETZGesellschaft wird teilweise entsprochen,
  - T4 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen,
  - T5 Industrie- und Handelskammer zu Köln wird entsprochen.
- II. Der städtebauliche Vertrag wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.
- III. Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW den Bebauungsplan Nr. 2129 – Am Kalkofen – als Satzung und dazu die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB.

**21 Abweichungssatzung für die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für den Abschnitt der Erschließungsanlage Kaule/Gartenstraße von der Einmündung der Straße Auf der Halde bis zur Einmündung der Falltorstraße**

**Vorlage: 0539/2018**

Die Vorlage wurde den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr mit separatem Schreiben übersandt und war der Einladung zur Sitzung des Rates ergänzend beigelegt.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und mitterrechts beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen für den Abschnitt der Erschließungsanlage Kaule/Gartenstraße von der Einmündung der Straße Auf der Halde bis zur Einmündung der Falltorstraße wird in der der Vorlage als Anlage beigelegten Fassung beschlossen.

**22 XII. Nachtragssatzung zur Abfallsatzung**

**Vorlage: 0520/2018**

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 11.12.2018 stimmten Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den eigenen Antrag, § 2 Absatz 4 der bisher gültigen Abfallsatzung solle entgegen der vorgesehenen Streichung erhalten bleiben. Bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL wurde der Antrag mit den Gegenstimmen der übrigen Ausschussmitglieder mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat sodann mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die XII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallsatzung) wird in der der Vorlage als Anlage beigelegten Fassung beschlossen.

**23 XX. Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung**

**Vorlage: 0519/2018**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am

11.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Die XX. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der Abfallentsorgung in der Stadt Bergisch Gladbach (Abfallgebührensatzung) wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
2. Die Gebührenkalkulation vom 26.11.2018 für das Jahr 2019 ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Die aus dem Jahr 2015 verbliebene Überdeckung im Bereich Haushalte (553.335 EUR) sowie ein Anteil der Überdeckung aus 2016 (224.950 EUR) wird in der Gebührenkalkulation 2019 verrechnet. Die sich aus den Nachkalkulationen der Abfallentsorgungsgebühren für sonstige Herkunftsbereiche ergebenden Überdeckungen aus den Jahren 2015 und 2016 werden 2019 in Höhe von 73.622 EUR und 27.585 EUR verrechnet. Die jeweils verbleibende Überdeckung aus dem Jahr 2016 wird in den Gebührenkalkulationen des Jahres 2020 berücksichtigt. Die sich aus der Nachkalkulation der Abfallentsorgungsgebühren für das Jahr 2017 ergebende Über- oder Unterdeckung, die zurzeit noch nicht endgültig ermittelt werden konnte, wird in 2020 und 2021 verrechnet.

Im Nachgang zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr teilt die Verwaltung mit, dass die folgende Änderung bei der Beschlussfassung durch den Rat zu berücksichtigen sei:

In § 1 der XX. Nachtragssatzung zur Abfallgebührensatzung beträgt die neue Gebühr für einen 5.000 l Umleerbehälter im vierzehntägigen Abfuhrhythmus nicht 6.511,18 EUR, sondern 6.511,08 EUR jährlich (§ 3 Absatz 3 Abfallgebührensatzung).

**24 XIII. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung  
Vorlage: 0522/2018**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Die XIII. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Bergisch Gladbach (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.
2. Die der Vorlage beigefügte Gebührenkalkulation für das Jahr 2019 vom 20.11.2018 ist Bestandteil dieses Beschlusses. Gemäß § 6 Abs. 2 KAG werden die verbliebenen anteiligen Überdeckungen aus der Abrechnungskalkulation 2015 und anteilige Über- und Unterdeckungen aus der Abrechnungskalkulation 2016 in die Gebührenkalkulation 2019 eingestellt.

**25 II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Entwässerungssatzung)  
Vorlage: 0503/2018**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

**26 XIX. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentlichen Abwasseranlagen (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung)**

**Vorlage: 0509/2018**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die XIX. Nachtragssatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Bergisch Gladbach über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung) in der Fassung der Vorlage. Die Gebührenkalkulation ist Bestandteil des Beschlusses.

**27 XI. Nachtragssatzung über die Abwälzung und Erhebung der Abwasserabgabe der Stadt Bergisch Gladbach**

**Vorlage: 0506/2018**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die XI. Nachtragssatzung zur Satzung über die Abwälzung und Erhebung der Abwasserabgabe in der Fassung der Vorlage.

**28 II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben)**

**Vorlage: 0507/2018**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Die II. Nachtragssatzung zur Satzung über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) wird in der der Vorlage als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

**29 XIV. Nachtragssatzung der Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Bergisch Gladbach**

**Vorlage: 0508/2018**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 11.12.2018 mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Der Rat beschließt die XIV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der Stadt Bergisch Gladbach in der Fassung der Vorlage.

**30 Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

**30.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 03.12.2018 (eingegangen am 04.12.2018) zur Umbesetzung in Gremien von Beteiligungen**

**Vorlage: 0540/2018**

Die Vorlage ist beigefügt.

**31 Anträge der Fraktionen**

**31.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 10.09.2018 Initiative Vereinssport - Ein Jahr kostenfrei im Sportverein für Schulanfänger**

**Vorlage: 0483/2018**

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 04.12.2018 einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

Das Projekt „Initiative Vereinssport – Ein Jahr kostenfrei im Sportverein für Schulanfänger“ wird im Schuljahr 2019/2020 nur umgesetzt, wenn sich Sponsoren finden, die die

Finanzierung in Höhe von 12.000 EURO (2019/2020) übernehmen.

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 13.12.2018 wurde die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt Gesamthaushalt 2019/2020 (Vorlage Nr. 0523/2018) beraten. Das Beratungsergebnis ist unter TOP Ö 9 dargestellt.

- 31.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 28.11.2018 (eingegangen am 29.11.2018) „Änderung des § 8 Kommunalabgabengesetz Nordrhein-Westfalen (KAG NRW)“**  
**Vorlage: 0537/2018**  
Die Vorlage ist beigefügt.
- 31.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom 03.12.2018 (eingegangen am 04.12.2018) „Einrichtung einer kommunalen Vergabestelle“**  
**Vorlage: 0541/2018**  
Die Vorlage ist beigefügt.
- 31.4 Antrag der Fraktion FDP-Fraktion vom 03.12.2018 (eingegangen am 04.12.2018) „Ausweitung des Konzepts zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle um die Einrichtung einer zentralen Beschaffung“**  
**Vorlage: 0542/2018**  
Die Vorlage ist beigefügt.
- 32 Anfragen der Ratsmitglieder**  
Eine Erläuterung erübrigt sich.